



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

17. April 1953

P/VIII/89

Hinweise  
auf den Inhalt:

---

Zur Eisenhower-Rede	S. 1
Butlers Budget begünstigt die Begüterten	S. 3
Prosesseprozeß des Kanzlers	S. 5
"Klarer Kurs" - Zeitschrift der Jungsozialisten	S. 7

---

## Die Strasse des Friedens

rn. Die Rede, die Präsident Eisenhower am Donnerstag vor dem Verband der amerikanischen Zeitungsverleger gehalten hat, war lange vorher als besonders bedeutsam angekündigt worden. Mit Recht, kann man sagen, nachdem der Text vorliegt, Sie wird lange Zeit nachwirken und ihre Bedeutung behalten als ein in wesentlichen Punkten überzeugendes Programm, das Eisenhower plastisch die "Strasse des Friedens" genannt hat. Einige Bedenken und Einwände gegen einzelne Feststellungen und Vorschläge weniger aus grundsätzlichen als taktischen Gründen bleiben freilich bestehen.

Eisenhower hielt seine Rede in einem entscheidenden geschichtlichen Augenblick und dieser Tatsache wird sie gerecht. Sie vereinbart, das bei solchem Anlass durchaus angebrachte grosse, einfache Pathos mit der notwendigen Klarheit im Konkreten, im Einzelnen. Sie unterscheidet sich wohltuend von früheren Äusserungen des Generals, als er noch nicht Präsident war, es aber werden wollte. Kein Taffengeklirr, aber Festigkeit; keine Appeasement-Politik, aber auch keine Provokationen. Es gibt keine Wendung, die häufiger wiederkehrt als die "wir sind bereit...". Das ist gut, denn darauf kommt es an.

Der in erster Linie Angesprochene in dieser Rede ist natürlich die Sowjetunion, ist, wie Eisenhower es ausdrückt, "die neue Führergeneration in der Sowjetunion". Das, was er diesen Männern zu sagen hatte, sprach er sehr bestimmt, aber nicht haßverblendet aus. Einige

seiner Forderungen, wie die, welche die freie Entscheidung der osteuropäischen Staaten über ihre Regierungsform betrifft, sind für die Sowjets harte Nüsse. Aber man steht ja auch noch nicht einmal am Beginn der Verhandlungen. Jedenfalls wird es den Sowjets schwer fallen, diese Bereitschaftserklärung, ihre Überlegungen und Argumente, zurückzuweisen, zu diffamieren und doch zu überzeugen.

Die Situation des Landes, für das Eisenhower spricht, bedingt einen weltweiten Aspekt. In Deutschland interessieren natürlich in erster Linie deutsche Fragen. Es ist aufschlussreich, daß in dieser Rede der erste Satz, der über das grundsätzliche Verhältnis zwischen den USA und der Sowjetunion hinausgeht, lautet: "Die freie Welt weiß, daß Westdeutschland der Platz eines freien und gleichberechtigten Partners in dieser Gemeinschaft zukommt (in diesem Wort liegt die Anerkennung einer Forderung, nicht eines Zustandes, d.Red.) und daß dies für Deutschland der einzige Weg zu seiner vollen und endgültigen Einheit ist".

Was den Begriff "Gemeinschaft" betrifft, so ist die etwas später folgende Erläuterung von besonderer Bedeutung: "Wir sind nicht nur bereit, die gegenwärtigen Pläne für engeren Zusammenschluß der westeuropäischen Nationen voranzutreiben, sondern auch willens, auf dieser Grundlage uns um die Förderung einer größeren europäischen Gemeinschaft zu bemühen, die zu einem freien Verkehr von Personen, Gütern und Ideen führt".

Den Rahmen dieser "größeren europäischen Gemeinschaft" kann man verschieden auslegen, verschieden weit spannen. Zunächst im Sinne aller Gegner eines nur auf sechs Staaten beschränkten Systems, d.h. also des Versuches, das europäische Sicherheitssystem auf Großbritannien, Norwegen und Dänemark und, wenn es geht, auch auf die südöstliche Kräftegruppe auszudehnen. Zum anderen im Sinne der Bemerkungen Eisenhowers, daß diese freie Gemeinschaft sich auch auf ganz Deutschland und auf die "vollständige Unabhängigkeit der osteuropäischen Nationen" erstrecken soll. Hier werden, wenn es zu Verhandlungen kommen sollte, die ersten großen Schwierigkeiten liegen, denn es läßt sich zurzeit noch nicht im geringsten absehen, wie es möglich werden kann, die Sowjets auf diese Plattform zu bringen. Der Vorschlag Eisenhowers schließlich, "die durch Abrüstung erzielten Einsparungen einem gemeinsamen Fonds für internationale Hilfe und den Wiederaufbau der Welt zufließen zu lassen", ist ein gewiß großartiges Angebot, das aber zunächst einem Wunschtraum näherkommt, als einer realen Möglichkeit.

Darüber, daß auf der von Eisenhower aufgezeigten "Straße des Friedens" für die Sowjets viele schwer passierbare Felsblöcke liegen, gibt es keinen Zweifel. Man vermißt auch einen Hinweis darauf, wie der Sowjetunion eine Räumung ihrer Zone schmackhaft gemacht werden könnte, ein, wie es uns scheint, entscheidend wichtiger Punkt. Man muß nun die Reaktion des Kreml abwarten.

"Wer hat, dem wird gegeben"

B.C. - London

"Dieses Budget kennzeichnet die schroffe Abkehr von dem Wege des Fortschritts zur sozialen Gerechtigkeit, auf dem Großbritannien seit Kriegsende marschierte. Es vermehrt betont den Unterschied im Einkommen der Klassen, es hilft denjenigen, die Hilfe am wenigsten verdienen oder nötig haben. Es ist unfair. Es wird wirkungslos bleiben. Es dreht die Uhr zurück zugunsten der Macht des Vorrechts der Begüterten!"

Mit diesen Worten faßte Hugh Gaitskell, Labours brillanter Finanz- und Wirtschaftssachverständiger und Schatzkanzler bis Oktober 1951, die vernichtende Kritik zusammen, der er in fast genau einstündiger Rede Punkt für Punkt, Zahl für Zahl den Staatshaushaltsplan der Tory-Regierung unterwarf, den Schatzkanzler Richard Butler dem britischen Unterhaus vorgelegt hatte.

Auf den ersten Blick erscheint Butlers Budget recht populär. Steuerersenkungen sind immer populär. Doch schon der zweite Blick zeigt den Pferdefuß. Unter dem britischen Steuersystem ist nach gewissen Freigrenzen (die je nach Größe der Familie zwischen 100 und 250 Pfund je Jahr schwanken) der Normalsteuersatz neun shilling und sixpence je Pfund, oder 47 1/2%. Dieser Satz wird jetzt um sixpence (also auf 45%) gesenkt - für alle, arm und reich gleichmäßig. Doch wird die Zahl derjenigen, deren Jahreseinkommen unter der Freigrenze liegt, auf etwa 8,5 Mio geschätzt (einen Unterschied zwischen Einkommen- und Lohnsteuer, wie in Deutschland gibt es nicht). Diese Ärmsten der Armen haben also von Butlers Steuervergünstigungen überhaupt keinen Vorteil. Wer ein steuerbares Einkommen (d.h. nach Berücksichtigung der Freigrenze) von 200 Pfund hat, zahlt jetzt ein Pfund im Jahr weniger Steuer als früher. Wer 1000 Pfund hat, spart schon 16 Pfund, und ein Junggeselle mit einem Einkommen von 10000 Pfund ist gar um 2.486 Pfund reicher. Je geringer das Einkommen und je größer die davon zu unterhaltende Familie, desto weniger wirken sich die Steuervergünstigungen aus.

Die Einkaufsteuer (in manchem dem Begriff der deutschen Luxussteuer ähnlich, doch viel weitgehender und auch anders organisiert) wird durchweg um ein Viertel gesenkt. Hier wieder zeigt die Liste hauptsächlich Dinge, die außer Reichweite der arbeitenden Massen sind: Juwelen und Silbergerät: Steuer von 100% auf 75% gesenkt; Autos, Fernsehgeräte, elektrische Eisschränke, Staubsauger, Waschmaschinen: Von

66 2/3% auf 50%; Taxidroschken werden ganz von dieser Steuer befreit; Regenschirme (jeder "gentleman" trägt einen - der Arbeiter würde sich lächerlich damit vorkommen): Steuer wird von 66 2/3% auf 25% reduziert. Des Arbeiters Regenmantel aber, und all seine Kleidung "von der Stange", die unter Labours "Utility"-System steuerfrei war, wurde schon vor einem Jahr von Butler in die Einkaufsteuer miteinbezogen.

Von der Vergnügungssteuer wird zwar das Cricketspiel des "feinen Mannes" gänzlich befreit, nicht aber das Fußballspiel des "kleinen Mannes".

Die Lebensmittelsubsidien völlig abzuschaffen hat Butler diesmal doch noch nicht gewagt - wahrscheinlich mit Rücksicht auf die dringenden Vorstellungen der Gewerkschaftsleitung, die für den Fall eine unaufhaltsame allgemeine Wiederaufnahme der Lohnbewegung voraussagte.. Doch hat er die schon im Vorjahre fast halbierten Subventionen um weitere 30 Mio Pfund "benagt", und außerdem verspricht er für den Herbst die "Entwirtschaftung" der Knappware Zucker, wodurch weitere 10 Mio Pfund zu Lasten des Verbrauchers eingespart werden können. Diese Mehrbelastungen fallen in erster Linie auf die Minderbemittelten, <sup>die</sup> von den Steuervergünstigungen keinen Vorteil haben,

Die britischen Tories, die Partei der privilegierten Klassen, nutzen ihren knappen Wahlsieg wahrlich aus. Sie haben es nicht nötig, gegen die Arbeiter Truppen einzusetzen (was in der modernen britischen Geschichte nur ein einziges Mal geschehen ist - als vor 40 Jahren Churchill gegen die streikenden Kumpels von Tonypany schießen lassen wollte). Ihnen ist das Geld die Macht, und es war kein Zufall, daß Butler in seiner Budgetrede 14mal von "the monetary weapon" (der finanziellen Waffe) sprach !

Unter den Labourabgeordneten in den Wandelhallen des Unterhauses nimmt man an, daß nach diesem einseitigen Budget Churchill nach der Krönung seine Popularität zu einer Neuwahl im Frühherbst ausnutzen wird, um - wie er hofft, - sich eine stärkere Mehrheit zu verschaffen. Daher, so meint man, diese steuerlichen Konzessionen an die großen Gesellschaften (sie liefern die Wahlfonds) und an den gutverdienenden Mittelstand, der in den Wahlkreisen mit geringer Mehrheit ("Marginalsitzen") das Spiel entscheidet. Churchill ist ein Spieler. 1945 verlor er, 1951 gewann er knapp. Er mag hoffen, "third time lucky" sein zu können.

### Der Kanzler fühlte sich getroffen

Ein interessanter Presseprozeß vor dem Amtsgericht in Mainz

(sp) Am 22. April wird vor dem Amtsgericht in Mainz ein Beleidigungsprozeß des Bundeskanzlers Dr. Adenauer gegen den Chefredakteur der sozialdemokratischen "Freiheit" in Mainz, Günter Markscheffel, durchgeführt. In der von Markscheffel geleiteten Zeitung war am 28. November 1951 unter der Überschrift "Kanzler der Alliierten"? nachstehender Artikel erschienen:

#### "Kanzler der Alliierten" ?

Die aus Rom zu uns gelangenden Nachrichten sind alarmierend. Nicht wegen der Ankündigung, daß die Atlantikpakt-Partner das westeuropäische Verteidigungspotential vergrößern wollen, sondern weil aus diesen Nachrichten hervorgeht, daß der französische Außenminister über die Absichten der deutschen Bundesregierung besser Bescheid weiß, als das deutsche Volk.

Herr Schuman hat - wie aus der oben zitierten dpa-Meldung hervorgeht - den deutschen militärischen Verteidigungsbeitrag von 12 Divisionen mit einer Bestimmtheit in seine Gesamtpläne einkalkuliert, daß nur unmittelbar eine Zusage Dr. Adenauers ihn unter Umständen dazu berechtigen könnte.

Da aber weder der Bundestag, noch die Bundesregierung einen dahingehenden Beschluß gefaßt hat, darf mit Fug und Recht angenommen werden, daß der sonst sehr vorsichtige Herr Schuman besser Bescheid weiß, als wir hier in Deutschland.

Vor längerer Zeit hat Dr. Kurt Schumacher im Zusammenhang mit der Diskussion über das Petersberger Abkommen dem Bundeskanzler und jetzigen Außenminister zugerufen: "Kanzler der Alliierten"! Schumacher sollte für diesen Zuruf von den Sitzungen des Bundestages ausgeschlossen werden. Sogar Freunde der SPD sagten damals, Schumacher sei zu scharf gewesen.

Wenn man die Entwicklung der deutschen Außenpolitik bis zum heutigen Tage genau verfolgt, kann man wohl der Meinung sein, daß Schumacher damals nicht ein Wort zu viel gesagt hatte".

Diesem Artikel lagen also unbestrittene Agenturmeldungen aus Rom zugrunde, nach denen der damalige französische Außenminister Robert Schuman erklärt hatte, die Bundesrepublik werde sich mit einem

Kontingent von 12 Divisionen an der Europaarmee beteiligen. Damals lag noch kein Beschluß des Bundestages über die deutsche Beteiligung an der Europaarmee vor. Es lag also die Vermutung nahe, daß der französische Außenminister von offiziellen deutschen Stellen eine entsprechende Zusicherung erhalten hatte.

Die Tendenz des Artikels in der "Freiheit" konzentrierte sich also - wie auch in der Überschrift zum Ausdruck gebracht wurde - auf eine Frage, durch welche der Leser einer Oppositionszeitung zum selbständigen politischen Denken angeregt werden sollte.

Dem Vernehmen nach haben sich die Juristen in Bonn lange den Kopf darüber zerbrochen, ob eine solche, in Form eines Zitates gestellte Frage eine Beleidigung darstellen könnte. Nach monatelangen Beratungen entschloß man sich schließlich in Bonn zur Erhebung der Anklage, mußte jedoch erst die Immunität Markscheffels aufheben lassen, da dieser Abgeordneter des rheinland-pfälzischen Landtages ist. Erst im Frühsommer 1952 wurde schließlich die Immunität aufgehoben. Die Mehrheit von CDU und FDP hatte für den Aufhebungsantrag gestimmt.

Gleichzeitig wurde gegen Markscheffel eine zweite Anklage erhoben, die zu der Feststellung führen soll, ob ein Parlamentarier berechtigt sei, als Redakteur verantwortlich zu zeichnen. Diese Frage spielte seinerzeit bei der Vorbereitung des neuen Bundespressegesetzes eine nicht unerhebliche Rolle, wurde aber bis zur Stunde noch nicht geklärt. Der Bundestag hat darauf verzichtet, in der noch laufenden Legislaturperiode das Bundespressegesetz zu verabschieden.

In den Vorverhandlungen und bei der Vernehmung des Angeklagten Markscheffel erklärte sich der Beklagte zur Abgabe einer Ehrenerklärung für Bundeskanzler Dr. Adenauer bereit, durch die zum Ausdruck gebracht werden sollte, daß die Zeitung keineswegs die Absicht gehabt habe, den Bundeskanzler persönlich zu beleidigen, sondern lediglich ihre Leser zum kritischen Denken anregen wollte. Der Angeklagte Markscheffel wird von dem bekannten sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten, Justizrat Friedrich Wilhelm Wagner, Ludwigshafen, verteidigt.

+ + +

"Klarer Kurs" - Zeitschrift der JungsozialistenSprechrohr der jungen Generation

St.B. In diesen Tagen erscheint die erste Nummer der neuen Monatsschrift der Jungsozialisten "Klarer Kurs". In einem Geleitwort stellt der 1. Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Erich Ollenhauer, fest, daß mit der Herausgabe dieser Zeitschrift eine empfindliche Lücke im sozialistischen Pressewesen geschlossen wird. Die junge Generation in unserem Volke stehe heute vor einer verwirrenden Fülle von Problemen in ihrem persönlichen Leben wie in ihren Beziehungen zur Umwelt. "Unser Ziel als Sozialdemokraten ist", so schreibt Erich Ollenhauer, "die Demokratie so lebensnahe wie möglich zu gestalten und in ihr die sozialen und politischen Bedingungen zu entwickeln, den Menschen die Furcht vor Unfreiheit und Not zu nehmen, damit sie als freie selbstbewußte Bürger des Staates gestaltend in das Geschehen eingreifen können. In diesem Willen zur Mitarbeit und zur Gestaltung treffen sich Sozialdemokratie und junge Generation". Abschließend gibt der SPD-Vorsitzende der Hoffnung Ausdruck, daß die neue Zeitschrift die Identität zwischen den Lebensvorstellungen der jungen Generation und den Zielen des demokratischen Sozialismus herausarbeitet, daß sie aber auch durch die Mitarbeit von jungen Menschen die Ideen und Vorstellungen der kommenden Generation in das öffentliche Bewußtsein rückt, damit sie Einfluß gewinnen auf die praktische Gestaltung unserer Gegenwart und Zukunft.

Die 32 Seiten umfassende, reich bebilderte Zeitschrift, die vom Zentralsekretariat der Jungsozialisten Deutschlands in Bonn herausgegeben wird, nimmt aus der Sicht junger Sozialisten Stellung zu den politischen Ereignissen, den Problemen der jungen Generation und den aktuellen Fragen unserer Zeit. Sie tritt zu einem Zeitpunkt an die Öffentlichkeit, wo sich in Westdeutschland eine der größten politischen Auseinandersetzungen nach 1945 anbahnt und Entscheidungen von weitesttragender Bedeutung bevorstehen. Gerade in dieser Zeit wird die Monatsschrift "Klarer Kurs" ihren Beitrag dazu leisten, dem jungen Menschen seine Verpflichtung klar werden zu lassen, im politischen Leben gestaltend mitzuwirken und selbst mit Hand anzulegen beim Bau einer besseren Zukunft.

---

Verantwortlich: Peter Reunau